Hetzorgane, denen das Handwerk gelegt werden muß

Auf Anordnung des Danziger Polizeipräsidenten sind die Dienstagsausgaben der Sozialdemokratischen „Danziger Volksstimme" und des Zentrumsorgans „Danziger Volkszeitung" beschlagnahmt worden.

Die Hetze dieser beiden Blätter war in zunehmendem Maße dazu angetan, fortgesetzte Unruhe zu erzeugen und die Danziger Regierung auch außenpolitisch in peinliche Lagen zu versetzen. Vor allem muß einmal mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß die Beziehungen Danzigs zum Reich auf die Dauer nicht durch die unausgesetzte Hetze dieser Organe gegen das Dritte Reich und seinen Führer belastet werden können. In der Danziger Bevölkerung besteht der dringende Wunsch, daß den beiden Hetzblättern das Handwerk endgültig gelegt wird.

Gefängnistore tun sich auf und schließen sich

Wie wir aus Riga erfahren, sind jetzt auch die letzten der Mitte März verhafteten jungen Baltendeutschen freigelassen worden, denen Betätigung in staatsfeindlichem Sinne in geheimen Organisationen zur Last gelegt wurde. Die Genannten haben nur Polizeistrafen wegen Teilnahme an polizeilich nicht genehmigten Versammlungen erhalten.

Während die lettischen Behörden die oben erwähnten Freilassungen angeordnet haben, hat die politische Polizei Lettlands zu gleicher Zeit neue Verhaftungen im Kreise junger Baltendeutscher in Riga durchgeführt. In den letzten Tagen wurden, ohne daß bisher eine Begründung bekanntgeworden ist, nach Haussuchungen Architekt Kraus, Kaufmann Lankenfeld und Woldemar Radetzki verhaftet. Alle drei Verhafteten wurden in das Haftlokal der politischen Polizei gebracht.

Tschechische Sokols als Wegbereiter des Bolschewismus

In einem Preßburger Bericht des nationalvölkischen „Uj Magyarsag" werden eingehend die Bemühungen der tschechischen Pfadfinder, der Sokols, geschildert, die slowakische Bevölkerung der Tschechoslowakei für den Bolschewismus zu gewinnen. Zu den Sokol-Feiern in Preßburg habe die Prager Regierung Tausende von tschechischen Sokols zur Stimmungmache nach Preßburg entsandt. Die Bevölkerung sei aber von den Feiern demonstrativ ferngeblieben und habe damit deutlich ihrer völligen Ablehnung gegenüber den Versuchen einer Beeinflussung des Volkes in bolschewistischem Sinne Ausdruck verliehen. Die Stimmung in der Slowakei sei gegenwärtig äußerst gespannt. Durch die Freundschaft mit Sowjetrußland hätten die Tschechen alle Fäden zerrissen, die bisher noch das tschechische und das slowakische Volk miteinander verbunden hätten.

Der Bericht weist dann noch darauf hin, daß die Tschechen neue Angriffe gegen die materiellen und kulturellen Werte der Minderheiten planten. So beabsichtige die tschechische Agrarpartei, den Besitz der deutschen und ungarischen Bevölkerung in der nach dem neuen Staatsschutzgesetz geschaffenen Grenzzone auf höchstens 30 Joch festzusetzen. Ferner bestehe die Absicht, in der Grenzzone tschechische Siedlungen unter Verwendung des den Minderheiten enteigneten Grundbesitzes anzulegen.

Eden ist erholungsbedürftig

Gutem Vernehmen nach hat sich der englische Außenminister Eden am Dienstag auf ärztlichen Rat entschlossen, einen achttägigen Urlaub auf dem Lande zu verbringen.

Im Zusammenhang damit wird darauf hingewiesen, daß die außenpolitischen Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem abessinischen Konflikt und der Entwicklung der europäischen Lage ergeben haben, zu einer starken Arbeitsüberlastung des Außenministers geführt haben.

Das Oppositionsblatt „News Chronicle" möchte die Erholungsbedürftigkeit Edens als „Zusammenbruch" gewertet wissen und behauptet, daß dieser Zusammenbruch im Unterhaus angesichts der internationalen Lage „beträchtliche Besorgnis" verursacht habe.

Kolonialboden für ein raumarmes Volk

Marschall Badoglio plaudert über seine Eroberung

Der Eroberer Abessiniens, Marschall Badoglio, erklärte einem Vertreter des „Sunday Expreß", daß Italien die Aufschließung und Kolonisierung Abessiniens nicht überstürzen werde. Das Land müsse zunächst noch gründlich erforscht werden. Bei der Kolonisierung werde Italien die Rechte und Traditionen der Eingeborenen zu schützen wissen.

Was die Erschließung des Landes anbelange, so müsse zunächst für Wasser gesorgt werden. Dann sollen die Straßen folgen, und schließlich werde man an die Errichtung neuer Gebäude herangehen. Was Abessinien dringend brauche, seien Aerzte, Schulen, Telegraphen, Radiostationen und Luftverkehr würden ziemlich schnell eingeführt werden. Dieser Teil der Aufschließung, von Badoglio die „Periode der Durchdringung genannt, werde etwa vier bis fünf Jahre in Anspruch nehmen.

Die zweite Periode sei die der „Entwicklung". Der Marschall ist der Ansicht, daß Abessinien in der Hand von Italienern schon in den nächsten Jahren hundertfach die Kosten des Feldzuges wieder hereinbringen werde. „Unsere Chance ist da", erklärte Badoglio. „Ein ganzes Reich von unschätzbarem Wert ist in unserer Hand. Ganz Italien ist sich dessen bewußt. Unsere jungen Leute streben danach, hinüberzugehen, es zu beherrschen und zu entwickeln.

Badoglio versah dann eine Karte Abessiniens mit kurzen Bemerkungen über den möglichen Anbau und die vorhandenen Bodenschätze, so z. B.: Danakil-Wüste: Salz, Oel, Potasche, Phosphor; Harrar: Kaffee; an der Kenyagrenze: Baumwolle, Gummi, Weizen, Gold, Tabak; um Addis Abeba: Baumwolle, Weizen, Hafer, Vieh; westlich von Addis Abeba: Oel; Wolega: Gold, Platin; Godscham: Flachs, Kaffee, Gold, Silber; rund um den Tanasee: Holz und Chemikalien.

Ein Abkommen, das geeignet ist, die englisch-ägyptische Spannung noch zu erhöhen

Ein geringer Trost für die höchstpeinlichen Ergebnisse der Genfer Tagung dürfte in den Augen der englischen Regierung der bevorstehende Abschluß des Militärvertrages mit Aegypten sein. Er wird auf Wunsch Londons offiziell „Defensiv- und Offensiv-Bündnis" genannt, während er tatsächlich das englisch-ägyptische Verhältnis in ein offenkundiges Militärprotektorat umwandelt. Die Einzelbestimmungen laufen letzten Endes auf die Ermächtigung für England erstens zur Verstärkung und zweitens zur Konzentrierung seiner Streitkräfte in Aegypten hinaus,

wobei sich an den militärischen Status im Sudan überhaupt nichts zugunsten Aegyptens ändert.

Gegenüber den von Aegypten zugestandenen insgesamt 11 000 Mann wird England — mindestens! 15 000 Mann dort unterhalten und außerdem die ägyptischen Streitkräfte noch weit mehr als bisher zur Unterstützung seiner eigenen im Kriegsfall heranziehen. Außerdem muß Aegypten sich zum Ausbau eines kriegsmäßig verwendungsfähigen großen Straßennetzes verpflichten,

wodurch die Stoßkraft der britischen Streitkräfte noch mehr erhöht wird.

Außer der Räumung Kairos und Alexandrias, wofür der Zeitpunkt noch nicht einmal feststeht, haben die Aegypter mithin gegenüber ihren ursprünglichen Forderungen vom 2. März sehr wenig erreicht. Völlig aussichtslos ist vollends zurzeit die Erfüllung der ägyptischen Forderungen von 1930 geworden, die auf eine restlose Zurückziehung der britischen Truppen aus dem ägyptischen Hoheitsgebiet auf auf die Ersetzung des Protektoratssystems durch einen Staatsvertrag auf dem Fuß der Gleichberechtigung hinausliefen.

Der „Friedensbund" der Nationen steuert auf den Krieg zu,

wenn seine Reform nicht schnellstens in die Wege geleitet wird

Der „Angriff" veröffentlicht eine Unterredung mit dem chilenischen Hauptvertreter beim Völkerbund und Botschafter in Rom, Rivas Vicuna, der bekanntlich den überraschenden Vorstoß in der Frage einer Reform des Völkerbundes unternommen hat.

In der Unterredung, in der die große Sorge deutlich zum Ausdruck kommt, mit der nicht nur Chile, sondern sämtliche südamerikanischen Staaten die Entwicklung der Genfer Einrichtung verfolgen, hebt der chilenische Völkerbundsvertreter unter Berufung auf die Neutralität Chiles im Weltkrieg hervor,

daß nunmehr der Augenblick gekommen sei, um sich mit der Reform der Völkerbundssatzung zu befassen.

Dabei müßten aber auch die außenstehenden Nationen nach ihrer Ansicht gefragt werden. Rivas Vicuna fährt dann fort:

„Was ferner die Reform selbst betrifft, so ist es noch verfrüht, einen genauen Wortlaut zu unterbreiten. Aber soviel können wir schon jetzt sagen, daß es ein unmöglicher Zustand ist, wenn bestimmte Artikel der Völkerbundssatzung in den Vordergrund gestellt werden, während die wichtigsten ganz in Vergessenheit geraten. So wird zum Beispiel Artikel 8, der die Abrüstung betrifft, überhaupt nicht geachtet.

Die Völkerbundsstaaten haben die schwere Verfehlung begangen, daß sie den gefährlichen Rüstungswettlauf im Nachkriegseuropa nicht verhindert haben.

Es sind weiter alle jene Verpflichtungen außer acht gelassen worden, die vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung kriegerischer Auseinandersetzungen verlangen. Es ist schließlich nichts dafür getan worden, um den Artikel 19 anwendbar zu machen, der unhaltbare Zustände und damit Kriegsursachen beseitigen soll. Solange der gegenwärtige Zustand andauert, halten wir es für dringender, örtliche Streitfälle zu begrenzen und nicht in allgemeine Kriege militärischer und wirtschaftlicher Art ausarten zu lassen, wie es der Artikel 16 vorschreibt. Die gegenwärtige Anwendung der Völkerbundssatzung führt zum Weltkrieg. Solange diese Gefahren nicht durch eine Reform beseitigt sind, müssen wir uns das Recht vorbehalten, jeden Streitfall nach freiem Ermessen nach seinen Ursachen, Verantwortlichkeiten und Wirkungen zu untersuchen, ehe wir uns zu irgendwelchen Maßnahmen entschließen."

Bedrohliche Aussichten in Montreux

Das gegenwärtige Stadium der Meerengen-Konferenz in Montreux beansprucht das besondere Interesse aller politisch interessierten Kreise Europas deshalb, weil sich dort Bestrebungen abzeichnen, die für die nahe Zukunft nicht etwa nur der west-, süd- und südosteuropäischen Staaten von einschneidendster Bedeutung werden müssen, sondern

die teilweise auch Deutschland direkt betreffen.

Drei Tendenzen zeichnen sich deutlich ab. Erstens will England trotz mancher Anzeichen des Entgegenkommens gegenüber Sowjetrußland offensichtlich für die nächsten fünfzig Jahre verhindern, daß bolschewistische Großkampfschiffe aus dem Schwarzen Meer auslaufen können; deshalb die Tonnagebeschränkung auf 15 000 Tonnen für die Meerengensphäre. Gleichzeitig aber wünscht England im Kriegsfall selbst mit jeder beliebigen Flottenstärke innerhalb der Dardanellen als auch des Schwarzen Meeres auftreten zu können; ein gleichartiges Zugeständnis an Sowjetrußland ist zum mindesten noch höchst fraglich. Zweitens

will die Türkei, falls sie die englische Forderung einer Unterstellung der Meerengenschließung im Kriegsfall unter einen Mehrheitsbeschluß des Völkerbundes (!!) überhaupt in Erwägung zieht, ein Sonderabkommen mit Italien treffen.

Dies um so mehr, als die grundsätzliche Zustimmung Englands zu einer Befestigung der Dardanellen und des Bosporus durch die Türkei durch die vorstehend genannte Bedingung für eine kriegsmäßige Sperre in ihrem praktischen Wert stark beeinträchtigt wird, zumal ja die Türkei nach dem neuen englischen Vorschlag in jedem Kriegsfall solange strenge Neutralität wahren soll, als sie selbst und ihre Interessen nicht bedroht werden. (Die Türkei kommt folglich auf Grund ihrer Beziehungen zu Italien einerseits und auf Grund der Mittelmeerabkommen, die England im Zusammenhang mit dem Ostafrikakonflikt mit den östlichen Anliegerstaaten schloß, zwangsläufig in jedem Fall in ernste Schwierigkeiten, womit letzten Endes die Hinschleppung der Dardanellenkonferenz auf vorläufig unabsehbare Zeit gesichert ist!)

Drittens aber

benutzt Frankreich die Gelegenheit, um die Türkei für einen Anschluß an das französische System der militärischen Einkreisungspakte zu gewinnen.

Die Art des französischen Köders braucht man nicht näher zu erläutern. Jedenfalls glaubt man in Paris eine Chance für diesen Plan schon deshalb zu haben, weil die Türkei bekanntlich sehr enge und weitgehende Beziehungen vertraglicher Art zu Sowjetrußland unterhält und sie im Lauf des letzten Jahres noch ausgebaut hat. Auf der Hand liegt schließlich das Sicherungsbestreben Englands im Mittelmeer gegenüber Italien.

Gemeine Freiheitsberaubung

Wie der „Matin" meldet, haben die streikenden Arbeiter der Citroen-Werke in Froncles, nachdem ihre Forderung auf Entfernung mehrerer Ingenieure von der Werksleitung abgelehnt worden war, zwei leitende Direktoren in der Fabrik eingeschlossen, die eigens zur Regelung des Streitfalles nach Froncles gekommen waren. Der Präfekt des Departements, der von diesem Zwischenfall in Kenntnis gesetzt wurde, hat den Arbeitsinspektor an Ort und Stelle entsandt.

*

Abwarten, wie die Praxis aussieht

Der französische Senat hat am Dienstag eine Anfrage des Senators Henry Haye, des Bürgermeisters von Versailles, erörtert, der die Regierung über die Maßnahmen befragte, die sie ergreifen wolle, um den Betrieb der öffentlichen Dienste, die Arbeitsfreiheit, die Sicherheit der Bürger und die Achtung der republikanischen Einrichtungen zu gewährleisten.

Nach eingehender Aussprache, in deren Verlauf Innenminister Salenaro im Namen der Regierung eindeutig erklärte, daß Besetzungen von Fabriken und anderen Betrieben und sonstige Angriffe gegen die öffentliche Ordnung in Zukunft nicht mehr geduldet würden, nahm der Senat mit 230 gegen eine Stimme eine Entschließung an, in der der Senat Kenntnis von den Erklärungen der Regierung nimmt, daß diese die öffentliche Ordnung in voller Achtung der republikanischen Gesetze sicherstellen wolle.

Warum nun noch Flottenabmachungen?

Die Aufhebung der Sanktionen wird in der italienischen Presse mit keinem Wort besprochen. Selbst die Ueberschriften zu den ganz knapp gehaltenen Genfer Berichten haben keine besondere Aufmachung. Man geht fast teilnahmslos über die Aufhebung der Sanktionen hinweg, betont aber um so lebhafter das Fortbestehen der aus der Sanktionszeit übrig bleibenden und einseitig gegen Italien gerichteten Flottenabmachungen im Mittelmeer, die auch der Hauptgrund des Fernbleibens Italiens von der Dardanellenkonferenz von Montreux seien.

Mit Befremden wird in den Londoner Berichten der römischen Presse festgestellt, daß sich niemand in Großbritannien die Frage vorlege, was eigentlich mit diesen Flottenabmachungen werden soll, nachdem die Sanktionen und damit auch die notwendigen gegenseitigen Unterstützungen im Mittelmeer gegen einen etwaigen italienischen Angriff verschwunden seien. Das Weiterbestehen dieser Flottenabmachungen, hätte keine andere Wirkung, als die Provokation Italiens.

Der Genfer Berichterstatter des „Piccolo" schreibt, man frage sich, welche Gefahren Großbritannien und die übrigen Teilnehmer der Flottenabmachungen nach Aufhebung der Sanktionen eigentlich noch bedrohen und gegen welche Gefahren Großbritannien gerade Griechenland und die Türkei schützen müsse, mit denen Italien bekanntlich Freundschaftsverträge geschlossen hätte. Von Angriffsabsichten und Vormachtsgelüsten Italiens könne man nach den wiederholten freimütigen Erklärungen der italienischen Regierung nicht sprechen.

Warnung und Drohung zugleich

Oberkommissar Wauchope richtete am Dienstagabend erneut eine Rundfunkansprache an die Bevölkerung Palästinas. Er kündigte die baldige Beendigung der Terrorakte durch Militär an und teilte mit, daß im Notfalle weitere Verstärkungen herangezogen würden. Der Kommissar warnte vor der offenbar verbreiteten Ansicht, daß ein Widerstand gegen die Militärmacht möglich sei. Die Aufrührer seien für die Not der armen Bevölkerung allein verantwortlich. Infolge Verminderung der Staatseinnahmen würden Steuererhöhungen nötig, was sich wiederum auf den Lebensstand der Bevölkerung ungünstig auswirken werde. Der Kommissar wies weiter auf die Unmöglichkeit ärztlicher Behandlung infolge der Unsicherheit auf den Landstraßen hin. Den Aerzten sei es nicht möglich, Kranke aufzusuchen. Dadurch werde vor allem die Ausbreitung der landesüblichen Augenkrankheiten gefördert, besonders bei den Kindern, von denen viele zu lebenslänglicher Blindheit verurteilt seien.

Der Kommissar wiederholte schließlich den Londoner Regierungsbeschluß zur Entsendung eines Unterausschusses, sobald die Unruhen beendet seien.

„Geleitet von Liebe zum Vaterlande"

Der japanische Kriegsminister veröffentlicht auf Grund der Untersuchungen eine Schilderung der Februarrevolte. Bemerkenswert ist die Erklärung, die Armee „zögere nicht, bis zu einem gewissen Grade die Motive anzuerkennen, die die jungen Offiziere zu dem Aufstand veranlaßt habe. Sie hätten aus Unwillen über die herrschenden Zustände im Lande gehandelt, geleitet von Liebe zum Vaterland."

Das Blatt „Tokio Asahi Schimbun" hofft, daß die Opfer nicht vergeblich seien, sondern zur Aussöhnung zwischen Heer und Volk führten. Der Aufstand und das Urteil könnten eine Besserung einleiten, wenn die Regierung eine wirkliche Staatspolitik treibe. Es sei zuzugeben, daß die frühere Regierung versagt habe, um so mehr müßte das derzeitige Kabinett mutig entschlossen sein, eine gründliche Erneuerung herbeizuführen. Der Aufstand könne dann eine geschichtliche Bedeutung bekommen.

Reichswetterdienst, Ausgabeort Dresden.

Witterungsaussichten für 9. Juli.

Westliche Winde, wolkig, mäßig warm, nur vereinzelt Schauer.

Druck und Verlag: Siemens Buchdruck Nachf., W. Stolle (Stolle-Verlag) Dresden und Freital. — Hauptschriftleitung: Wilhelm Stolle, Stellvertr. Hermann Schiott; zugleich verantwortlich für Politik und den gesamten Text, außer Bilderdienst und Briefkasten; Bilderdienst: Wilhelm Stolle; Briefkasten: Werner Robert Kuhn; sämtlich in Freital-Dresden. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Kuno Hahnemann, Freital-Dresden. — Dem „Illustrierten Tageblatt" werden fallen Ausgaben (Einzelpreisliste vorhanden) für die verschiedenen Verbreitungs-Bezirke beigefügt.

D.-A. VI. 1936: Ausgabe B 5 974 (Pl. 4)
Ausgabe C und G zus. 1 687 (Pl. 3)
Ausgabe D 2 702 (Pl. 3)
Ausgabe E 1 812 (Pl. 4)
Ausgabe F 3 238 (Pl. 3)
Ausgabe H 1 790 (Pl. 4)
St. Tageblatt 15 377 (Pl. 4)